



Frau Bundeskanzlerin

---

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

16. Februar 2018

---

# Wochenbericht KW 7

**forsa | Emnid | infratest dimap**

Wähleranteile:	Union bei 33 % bzw. 32 %, SPD zwischen 19 % und 16 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Erwartungen leicht pessimistisch
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden wächst Konflikt mit Nordkorea wird als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung

*Steffen Seibert*

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>infratest dimap<sup>2</sup></b> für ARD
CDU/CSU	32 (-1)	33 (-1)	33 (-)
SPD	18 (-)	19 (-1)	16 (-2)
FDP	9 (-)	9 (-)	9 (-1)
DIE LINKE	9 (-)	10 (+1)	11 (-)
B'90/Grüne	13 (-)	11 (-)	13 (+2)
AfD	13 (-)	14 (+2)	15 (+1)
Sonstige	6 (+1)	4 (-1)	3 (-)
Erhebungszeitraum	05.-09.02.	08.-14.02.	13.-15.02.

Die Union liegt bei infratest dimap 17 (+2), bei forsa 14 (-1) und bei Emnid 14 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Die SPD liegt bei infratest dimap bei 16 %. Dies ist der niedrigste von diesem Institut gemessene Wert seit Beginn der uns vorliegenden Zeitreihe im Jahre 1998.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Merkel	46
Nahles	23
Merkel	44
Scholz	29
Erhebungszeitraum	05.-09.02.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 23 Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 15 Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

89 % der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % Nahles. Von den SPD-Anhängern würden sich 51 % für Nahles und 27 % für Merkel entscheiden.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 84 % der CDU/CSU-Anhänger für Merkel und 9 % für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 53 % Scholz und 31 % Merkel.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (18.02.2018)

<sup>2</sup> im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 5

## Problemlösungskompetenz

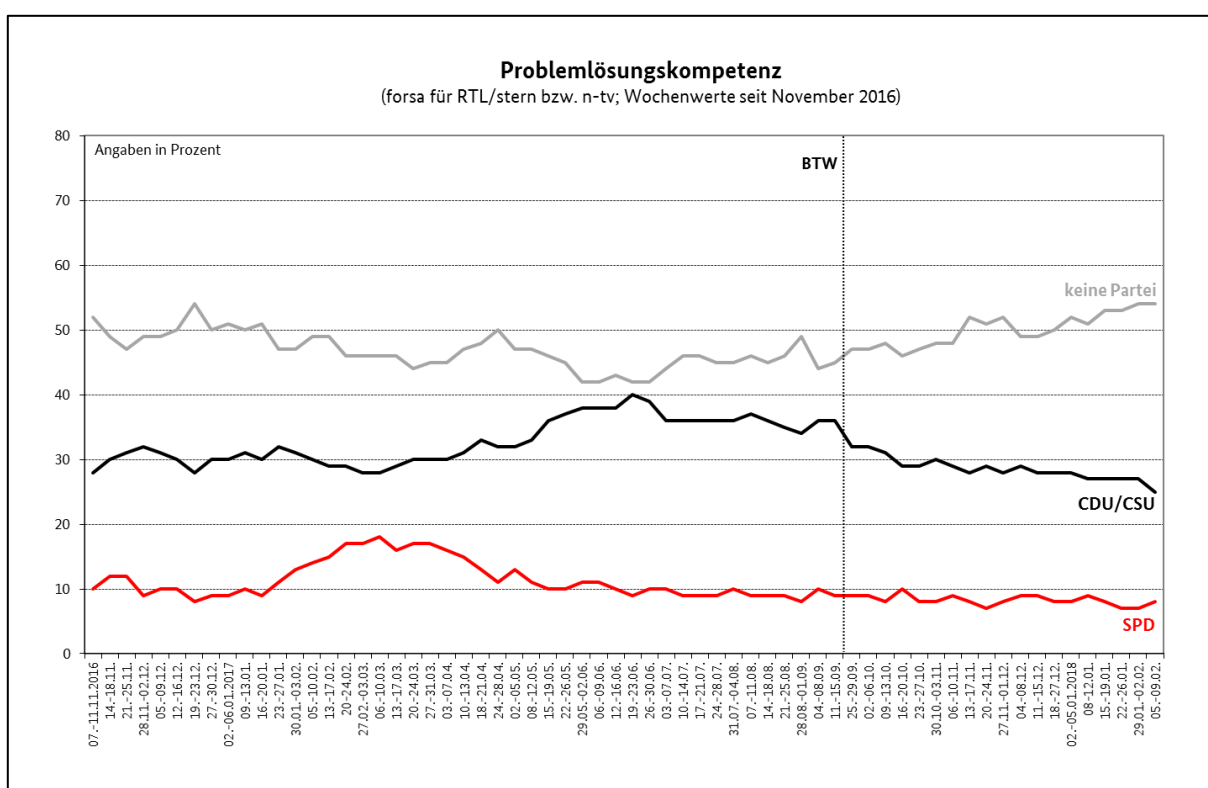
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	25 (-2)
SPD	8 (+1)
sonstige Parteien	13 (+1)
keine Partei	54 (-)
Erhebungszeitraum	05.-09.02.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 17 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

54 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

63 % (-4) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 39 % (+2) von ihrer Partei.



## ● Wichtigkeit politischer Aufgaben im Februar 2018

Erhebung für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Januar 2018

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	68 (-3)	30 (+4)	1 (-1)	1 (+1)
Bedingungen der Pflege verbessern	66 (+6)	30 (-5)	3 (-)	1 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	64 (-1)	32 (+2)	3 (+1)	1 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	59 (+2)	35 (-1)	3 (-2)	2 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (+2)	37 (-1)	4 (-1)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	53 (-3)	39 (-)	5 (+1)	2 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (+6)	41 (-3)	6 (-1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	51 (-5)	42 (+6)	4 (-2)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	48 (+1)	41 (-)	9 (-)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (-2)	39 (-2)	14 (+5)	2 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	41 (+3)	46 (-4)	11 (+1)	1 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	40 (-2)	43 (-)	12 (+2)	4 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	39 (+5)	44 (-2)	13 (-3)	3 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	33 (-3)	44 (-2)	13 (+1)	8 (+3)
neue Technologien fördern	31 (+4)	52 (-2)	14 (-)	2 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	31 (+5)	47 (-4)	17 (-)	4 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	30 (+1)	55 (-)	11 (-1)	3 (-)
Staatsschulden begrenzen	28 (+6)	51 (-3)	16 (-3)	4 (+1)
Verbraucherschutz stärken	23 (-2)	58 (+2)	14 (-1)	4 (+3)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	23 (+2)	56 (+1)	15 (-2)	3 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	22 (+1)	58 (+3)	15 (-1)	4 (-1)
Erhebungszeitraum	08.-14.02.2018			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von 40- bis 49-Jährigen (74 %) und Ostdeutschen (73 %) sowie von Anhängern der FDP (80 %), der Linkspartei (79 %) und der Grünen (77 %) als sehr wichtig angesehen.

Die Aufgabe "Bedingungen in der Pflege verbessern" wird von Westdeutschen und 40- bis 59-Jährigen (jew. 73 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (79 %), der Grünen (74 %) und der FDP (72 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Männer (58 %) und unter 39-Jährige (55 %) halten eine Verbesserung der Pflege unterdurchschnittlich oft für sehr wichtig.

## ● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Februar 2018

Emnid für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Januar 2018

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	71 (+1)	19 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	68 (+3)	25 (-3)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	67 (+3)	26 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	63 (-4)	31 (+3)
Staatsschulden begrenzen	61 (-1)	31 (+2)
neue Technologien fördern	61 (+6)	31 (-4)
innere Sicherheit gewährleisten	59 (-3)	37 (+4)
Verbraucherschutz stärken	57 (+8)	35 (-6)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	53 (-2)	41 (+3)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	51 (+2)	45 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	49 (+3)	43 (-2)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	49 (-5)	47 (+4)
für bezahlbare Strompreise sorgen	48 (+3)	46 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	44 (-6)	50 (+6)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	41 (-2)	54 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	39 (-1)	55 (+2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	37 (+3)	57 (-2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	33 (-2)	61 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	33 (-1)	62 (+3)
Altersversorgung langfristig sichern	31 (-4)	63 (+3)
Steuerlast gerecht verteilen	30 (-2)	64 (+2)
Erhebungszeitraum	08.-14.02.2018	

In 10 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (71 %).

In den Politikfeldern "neue Technologien fördern" und "Verbraucherschutz stärken" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 6 bzw. 8 Prozentpunkte höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Beim Umwelt- und Klimaschutz und der Energiewende verringert sich der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut einstuft, um 5 bzw. 6 Prozentpunkte.

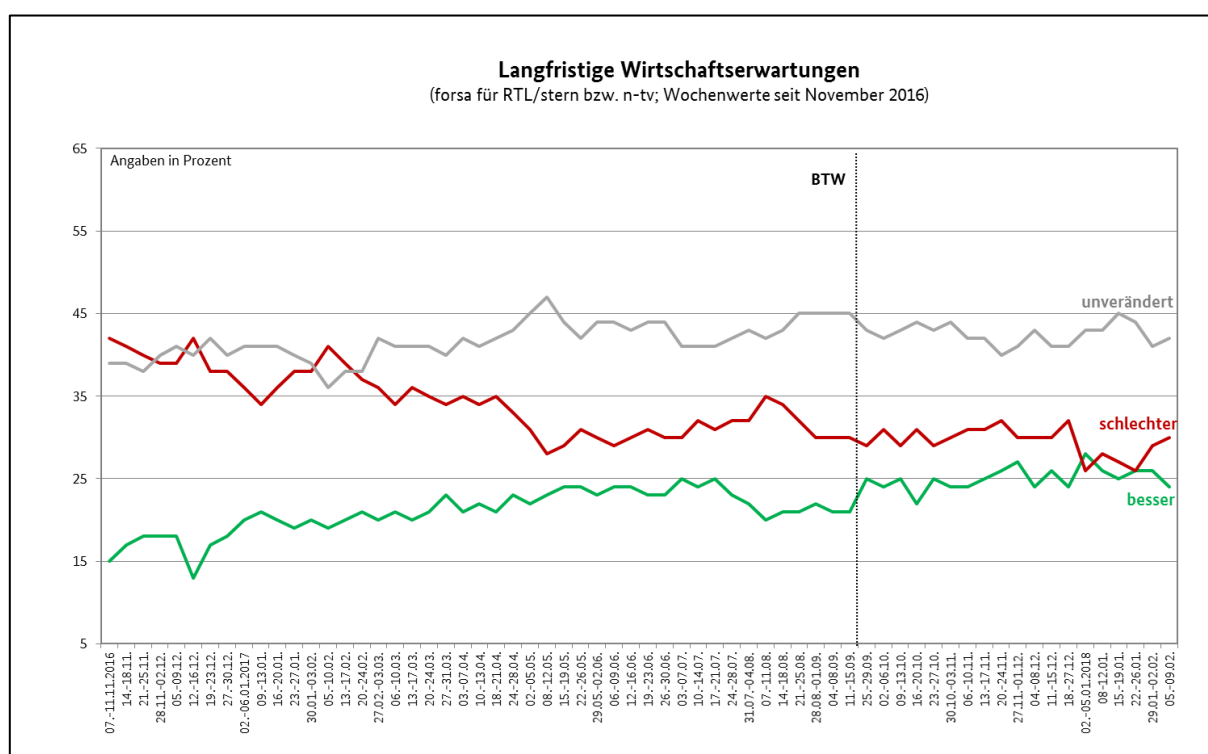
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	24	(-2)
schlechter	30	(+1)
unverändert	42	(+1)
Erhebungszeitraum	05.-09.02.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 6 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA	
sehr große	12	(+2)
große	45	(+2)
wenig	33	(-4)
keine	10	(+1)
Erhebungszeitraum	05.-09.02.	

Ostdeutsche (64 %) und 45- bis 59-Jährige (63 %) sowie Anhänger der Linkspartei (69 %) und der Grünen (68 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (65 % zu 49 %).

Unter 30-Jährige (60 %) und Anhänger der FDP (49 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

## Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA	
Asien, Nordkorea	25	(-)
USA	16	(-3)
Syrien	10	(+4)
Naher Osten, arabische Länder	9	(-1)
Türkei	8	(+4)
Asylbewerber, Flüchtlinge	8	(-2)
Krieg/Terrorismus allgemein	5	(-)
Russland	5	(-)
Erhebungszeitraum	05.-09.02.	

Nach Meinung der Bundesbürger droht aus Asien von dem Konflikt mit Nordkorea die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der FDP und der Grünen (jew. 30 %) nennen den Konflikt mit Nordkorea überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	37	(-1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9	(-1)
Deutschland tut bereits genug	52	(+3)
Erhebungszeitraum	05.-09.02.	

Personen mit hoher formaler Bildung (43 %) sowie Anhänger der Grünen (52 %), der FDP (47 %), der SPD (45 %) und der Linkspartei (44 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Geringverdiener (16 %) und Ostdeutsche (15 %) sowie Anhänger der AfD (20 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (57 %) sowie Anhänger der Union (61 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	42	(+5)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	15	(-)
verhält sich alles in allem genau richtig	39	(-4)
Erhebungszeitraum	05.-09.02.	

Personen mit mittlerer formaler Bildung und Geringverdiener (jew. 49 %), Ostdeutsche (48 %) und unter 45-Jährige (47 %) sowie Anhänger der AfD (69 %) und der FDP (48 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (34 %) und der Grünen (29 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Union (49 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	<b>infratest dimap</b> für BPA
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	37 (-3)
Krise in der SPD, Debatte um Parteivorsitz	15 (neu)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	9 (-9)
Erhebungszeitraum	12.-14.02.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Koalitionsverhandlungen bzw. der Regierungsbildung. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der FDP (54 %), der Union (45 %) und der Grünen sowie über 35-Jährige (jew. 42 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (47 % zu 29 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (45 % zu 30 %).

Das Thema "Krise in der SPD, Debatte um Parteivorsitz" wird besonders häufig von Anhängern der Union (24 %), der Linkspartei (22 %) und von Personen mit hoher formaler Bildung (20 %) genannt.

